

KLAUS-RÜDIGER MAI

DIE KOMMUNISTIN

Sahra Wagenknecht:
Eine Frau zwischen Interessen
und Mythen



LESEPROBE

EUROPAVERLAG

KLAUS-RÜDIGER MAI

DIE KOMMUNISTIN

Sahra Wagenknecht:
Eine Frau zwischen Interessen
und Mythen

EUROPAVERLAG

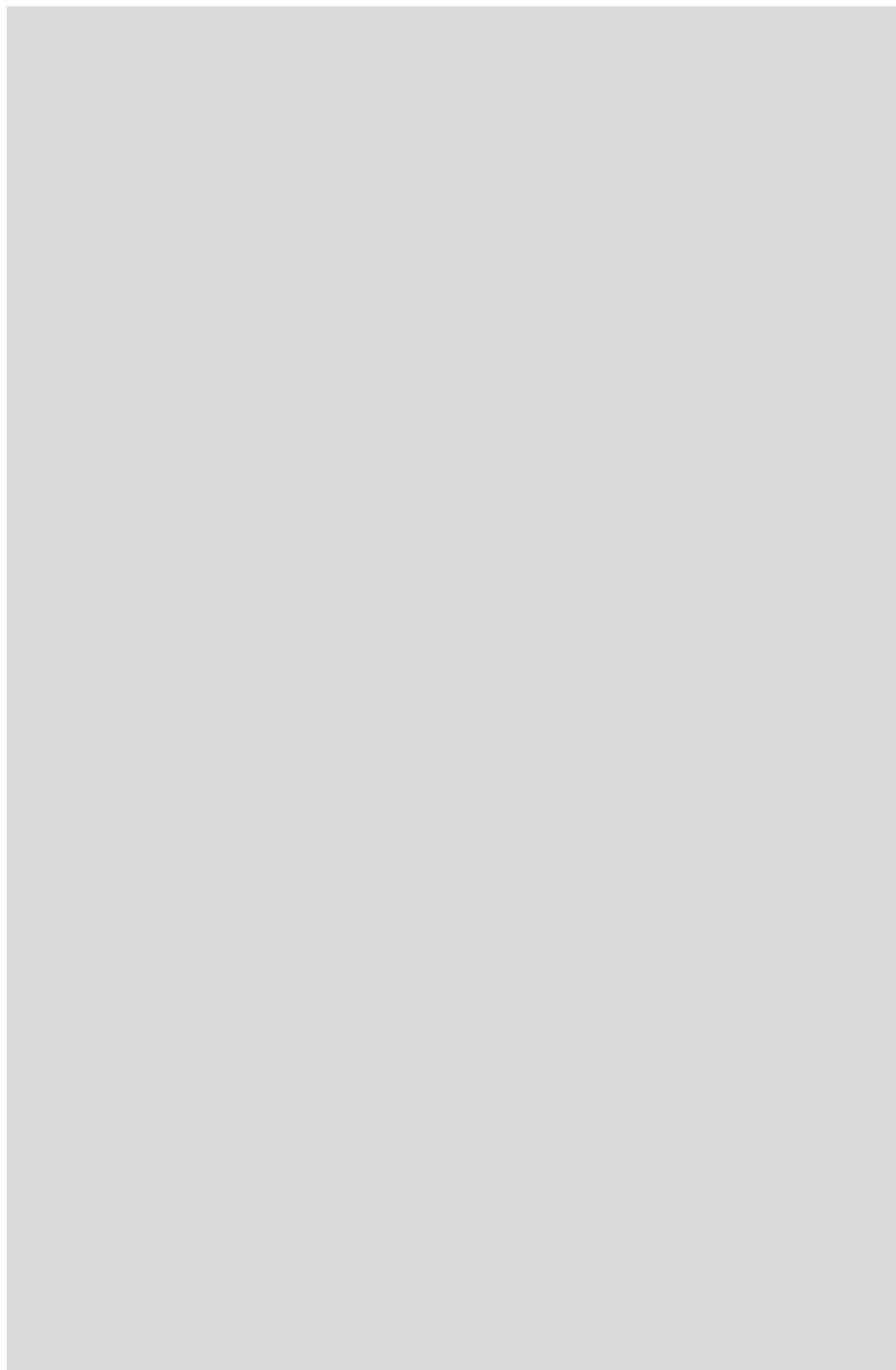
© 2024 Europa Verlag in der Europa Verlage GmbH, München
Umschlaggestaltung und Motiv: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur,
Zürich, unter Verwendung eines Fotos von © Marzena Skubatz/laif
Layout & Satz: Robert Gigler, München
Redaktion: Franz Leipold
ISBN 978-3-95890-618-1
Alle Rechte vorbehalten.
www.europa-verlag.com

INHALT

Vorspiel auf dem Theater	9
1. Eine Ausnahmeerscheinung	10
Anmutige Gegend	35
2. Die Erfindung der Sahra Wagenknecht	36
3. Preußischer Lustgarten	45
4. Laboratorium	57
5. Studierzimmer	66
6. »Armes, schönes Ding«	82
Walpurgisnacht	97
7. Der Letzte macht das Licht aus	98
8. In der Maske Rosa Luxemburgs	120
9. In Stalins Schuhen	133
10. In der Welt des Meisters	155
11. Der große Showdown	172
12. »Zu oft siegt die Politikerin«	184
Man kann mich nicht kaltstellen	207
13. Dieses Maschinengehirn ist unzerstörbar	208
14. Nunmehr Madonna des Neokommunismus	216
15. Der ost-westliche Diwan	223

16. Gegen den Mainstream	231
17. Exkurs: Was ist Postmodernismus?	241
18. Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft	256
Epilog oder Prolog?	263
19. Wagenknechts Krönungsmesse	264
Verzeichnis verwendeter Literatur	276
Anmerkungen	280

»Die Philosophie aber muss sich hüten,
erbaulich sein zu wollen.«
Georg Wilhelm Friedrich Hegel



VORSPIEL AUF DEM THEATER

»So gib mir auch die Zeiten wieder,
Da ich noch selbst im Werden war,
Da sich ein Quell gedrängter Lieder
Ununterbrochen neu gebar,
Die Nebel mir die Welt verhüllten,
Die Knospe Wunder noch versprach,
Da ich die tausend Blumen brach,
Die alle Täler reichlich füllten.«

Johann Wolfgang von Goethe

1. EINE AUSNAHME- ERSCHEINUNG

»Wenn es um Europa und Flüchtlinge geht, ist oft unklar, ob Sahra Wagenknecht links oder rechts ist.«

*Die ZEIT*¹

Es könnte die Stunde der Sahra Wagenknecht werden, wenn sie sich nicht am Ende selbst im Weg steht. Darin besteht ihre Lebensfrage. Vielleicht auch ihre Tragik. Muss sie nicht etwas leisten, was sie am Ende nicht leisten kann, aber leisten muss, wenn sie das, was sie für notwendig hält, durchzusetzen wünscht?

Für die PDS und für die Partei der Linken war Sahra Wagenknecht Glück und Ärgernis zugleich. Was jeweils überwiegt, liegt selbstverständlich im Auge des Betrachters. Was sie für ihre Partei »Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit« sein wird, weiß man noch nicht. Eine Zumutung ist sie sicherlich für jede Partei. Dabei kann man der hochintelligenten Frau eines nicht absprechen, nämlich dass ihre Analysen das Wesen der Themen treffen. Einige stimmen vollkommen, andere müssen zumindest als seriöse Diskussionsangebote, die aus der Betrachtung der Wirklichkeit entstehen, ernst genommen werden. In jedem Fall regen sie zur Diskussion an. Im linken Spektrum fällt sie zwischen den vielen postmodernen Schwätzern auf, zu denen sie häufig im krassen Widerspruch steht. Letztlich jedoch ver-

mag sie nicht, die Ideologie des Marxismus hinter sich zu lassen, denn auch ein kreativer Sozialismus bleibt ein Sozialismus.

Sahra Wagenknecht ist die Zauberin, die die Vergangenheit zur Zukunft verklärt. Der orthodoxe Marxismus gewinnt wieder an Boden – und Sahra Wagenknecht ist seine Lichtgestalt. Mit ihrer konsequenten Anti-Establishment-Rhetorik, ihrem sozialen Engagement und ihrer klaren Haltung gilt sie vielen als Jeanne d'Arc der Erniedrigten, der Beleidigten, der Enttäuschten, aber auch derjenigen, die sich nicht zu Unrecht Sorgen um ihre Zukunft und um die Zukunft ihrer Kinder machen. Ihre Anhänger finden sich auf linker wie auf rechter, auf sozialistischer und auf konservativer Seite des politischen Spektrums, selten übrigens bei wirklich Liberalen, die nichts mit den Lindner-Liberalen gemein haben. Dies ist auch der Grund, weshalb Wagenknechts Parteigründung von den Mainstreammedien anfangs mit Milde, mit unterschwelliger Sympathie betrachtet wird. Im September 2018 war das noch ganz anders, als ein Grüppchen aus Linken und Grünen sich zur Bewegung »aufstehen« zusammenfand. »Mit ursozialdemokratischen Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit sollte gesellschaftlicher Druck auf die drei bestehenden Parteien des ›linken Lagers‹ entwickelt werden, um diese zu entsprechenden Kurskorrekturen und zur Entwicklung einer gemeinsamen Machtperspektive für eine umfassende soziale Reformpolitik zu drängen. Gleichzeitig sollte ›aufstehen‹ als linkspopulistische Bewegung ein Gegengewicht zum Vormarsch der Rechtspopulisten darstellen«,² urteilte über die gescheiterte Bewegung im Jahr 2019 die *taz*. Ein Jens Schneider giftete in der *Süddeutschen*: »Der Erfolg wird davon abhängen, ob aus der Idee mehr erwächst als ein virtueller Zusammenschluss von Leuten, die ihre Sahra lieben. Wagenknecht ist dabei auch ein Hindernis. Zwar wäre das Projekt ohne sie schwer vorstellbar, aber mit ihr funktioniert es vielleicht gar nicht.« Dass eine linke Politikerin sich nicht auf postmoderne Linie zwingen lässt, war einer Zei-

tung wie der *Süddeutschen*, die sich in dem von ihr angezettelten Latte-Macchiato-Putsch gegen Hubert Aiwanger nicht nur jämmerlich blamierte, sondern auch noch demonstrierte, dass journalistische Standards diesem inzwischen aktivistischen Kampagneblatt fremd sind, vollkommen unverständlich. Und auch Heribert Prantl drängelte der Bewegung am 4. September den Rat auf: »Sahra Wagenknecht ist die ›Patin‹ von ›aufstehen‹; das Patent für eine Sammlungsbewegung hat sie nicht. Der Erfolg dieser Sammlungsbewegung wird daher auch davon abhängen, ob es ihr gelingt, sich von ihrer Patin zu emanzipieren.« Doch was wäre »aufstehen« inhaltlich ohne Sahra Wagenknecht gewesen? Eine weitere grüne Bewegung wie beispielsweise die Evangelische Kirche? Und vor allem: Wer braucht eine weitere grüne Bewegung? Und wer braucht die Ratschläge Heribert Prantls?

Der Gegensatz zwischen den westdeutschen Kaviar-Linken oder wie Wagenknecht schrieb: »Lifestyle Linken« war manifest, der Graben zwischen ihnen tief. Sollte »aufstehen« die Linke und die SPD wieder sozialpolitischer machen, haben indes die Reaktionen gezeigt, dass Sozialpolitik innerhalb der deutschen Linken keinen Platz mehr hat. Die Postmodernen, worunter die identitätspolitisch Getauften der Linken und der Linkliberalen, der Parteilinken, der SPD und der Grünen zu verstehen sind, attackierten Wagenknecht genau genommen für zwei Dinge: dafür, dass sie politisch agieren wollte, und dafür, dass sie von einem linken, von einem sozialpolitischen Standpunkt ausging. Darin witterten sie Ketzerei.

Vollkommen anders wird Ende 2023 Wagenknechts erneuter Versuch einer Parteigründung bewertet. Was also hat sich in der kurzen Zeit so grundlegend geändert? Eines ist sicher, nicht Wagenknechts Ansichten. Die nimmt man zähneknirschend in Kauf. Weshalb plötzlich, da man sie doch immer noch nicht teilt, diese penetrante Milde? Man könnte verkürzt antworten: Seit 2021 besitzt Deutschland keine Regierung mehr, sondern eine

Ansammlung von Ministern, deren professionelle Performance erbärmlich ist und von denen ein jeder sein ideologisches Projekt für so wichtig hält, dass es, und wenn darüber das Grundgesetz gebeugt wird, durchgesetzt werden muss. Deshalb ist der Krisenmodus der Regierung ihr Normalzustand. Das Ausland schüttelt nur noch den Kopf über Deutschland. Den Managern der Volkswirtschaften, die mit der deutschen eng verflochten sind, bricht der kalte Angstschweiß aus, wenn sie die deutsche Wirtschaftspolitik betrachten, und sie beginnen umzusteuern, sich aus der deutschen Abhängigkeit zu lösen, denn Deutschland ist nicht mehr der Garant für Zuverlässigkeit und Sicherheit, sondern wird zunehmend, wie der britische *Economist* feststellte, als der kranke Mann Europas gesehen, als der taumelnde Riese, der alle anderen mit in den Abgrund reißen könnte. Um Deutschland herum wird ein wirtschaftlicher Cordon sanitaire gebildet. Unauffällig mit Augenmaß und Vorsicht, dafür aber umso zielstrebig.

Doch je deutlicher sich der wirtschaftliche Ruin abzeichnet, desto bunter sind die Farben, mit denen die Regierung und vor allem ihr Wirtschaftsminister paradiesische Zukunftsbilder pinseln lassen.

Dabei findet sich der eigentliche Widersacher dieser Regierung nicht bei den sozialpolitischen Linken um Sahra Wagenknecht, auch nicht in der AfD, nicht im sogenannten Populismus, sondern in der Wirklichkeit. Der eigentliche Grund für Deutschlands Niedergang findet sich im Kampf der Regierung gegen die Realität, die die Ampel-Leute und ihre Medien in der Art der Verschwörungstheoretiker für eine rechte Verschwörung halten. Deshalb wird nur fünf Jahre später die Parteigründung von Sahra Wagenknecht von den gleichen Medien mit erstaunlichem Wohlwollen begleitet. Nach zwei Jahren Ampel-Chaos steht die Union bei ca. 30 % in den Wahlumfragen, gefolgt als zweitstärkste Partei von der AfD mit 20 %, mit Abstand kommen

danach die Ampel-Parteien, die Linke wäre nicht mehr im Bundestag vertreten, und die FDP übrigens auch nicht. Würde Anfang Februar 2024 gewählt, könnten die Ampel-Parteien nur noch 28 % der Wähler von sich überzeugen. Sahra Wagenknechts Partei läge aus dem Stand bei 7 %. Schließt man aus, dass die Union mit der AfD koalitiert, käme nur eine Koalition aus Union, Grüne und SPD infrage. Allerdings würde eine Koalition der Verlierer, eine Koalition von Union, Grünen und SPD, zu dem führen, was Lenin als revolutionäre Situation bezeichnet hatte. Also besteht die große Hoffnung beim postmodernen Establishment, dass die Wagenknecht-Partei der AfD vor allem im Osten Wähler in beträchtlicher Zahl abwerben könnte. Allein aus diesem Grund wird dem neuen Versuch einer Parteigründung Sympathie entgegengebracht, freilich eine rein taktische Sympathie, denn man setzt darauf, dass Sahra Wagenknecht, nachdem ihre Partei ihre Schuldigkeit getan und die AfD minimiert hat, an inneren Widersprüchen, die mit der von ihnen diagnostizierten Unfähigkeit Wagenknechts zur Parteiführerin zusammenhängt, zerbrechen würde. Sie setzen darauf, dass Sahra Wagenknecht letztlich doch keine Politikerin ist, sondern eine Intellektuelle; sie spekulieren, dass an Wagenknechts Unfähigkeit für die Abteilung Hinterzimmer die Partei schließlich wieder zerbrechen wird. Doch das ist das Wissen der sich wissend Dünkenden, derjenigen, die ihre politischen Spielchen für die Wirklichkeit halten, aus der sie sich längst in die steuerfinanzierten Gefilde der Parteiapparate geflüchtet haben. Hingegen – und das dürfte für Wagenknecht die politische Notwendigkeit ausmachen, eine Partei zu gründen – besteht das Hauptmerkmal der Ampel-Koalition in ihrer Unwirklichkeit. Das meint nicht nur, dass sie selbst jeden Kontakt zur Wirklichkeit verloren hat, sondern im hegelschen Sinne, dass sie selbst unwirklich geworden ist, denn Hegel hat in seiner Rechtsphilosophie tief sinnig bemerkt: »Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist ver-

nünftig.«³ Dabei verband er den Gedanken der Wirklichkeit mit dem der Notwendigkeit, denn so heißt es im dritten Abschnitt *Der Staat*: »Die wahrhafte Wirklichkeit ist Notwendigkeit. Was wirklich ist, ist in sich notwendig.«⁴ Der Hegel-Kennerin Wagenknecht dürfte daher mit Blick auf den Grünen-Staat Hegels Satz in den Kopf kommen: »Ein schlechter Staat ist ein solcher, der bloß existiert, ein kranker Körper existiert auch, aber er hat keine wahrhafte Realität.« Denn die Wirklichkeit des Staates besteht in der Einheit von Allgemeinheit und Besonderheit, darin, dass er die Interessen des Ganzen in seinen besonderen Zwecken realisiert, dass er also im Dienste der Mehrheit steht, im Dienste derer, die schließlich den Staat ausmachen. Und nicht darin, die Träume und Vorstellungen einer kleinen Gruppe nebst den Interessen ausländischer Mächte gegen die Mehrheit der Bevölkerung, gegen das Verfassungsobjekt, gegen das »deutsche Volk« durchzusetzen.⁵ Ist die Einheit des Ganzen und der Besonderheit nicht mehr gegeben, besitzt der Staat für Hegel keine Wirklichkeit mehr. Dann ist es Zeit zu handeln; dann ist es, um mit Hegel zu sprechen, notwendig zu handeln, um wieder wirklich zu werden. Denn dass es nicht vernünftig ist, die wirtschaftlichen Grundlagen eines Landes und dessen Wohlstand zu zerstören, dürfte selbst dem schlichtesten Gemüt auffallen, weil ein jeder weiß, dass man nicht an dem Ast sägen darf, auf dem man sitzt. Dass es nicht vernünftig ist, Politik gegen das eigene Volk zu treiben, Steuern und Abgaben immer weiter zu erhöhen und wie der schlimmste Hasardeur, der Spielsüchtigste aller Spielsüchtigen, für den Hasard der irrationalen Klimapolitik Schulden zu machen, als gäbe es kein Morgen, als existierte kein Zahltag, die Enteignung der Bevölkerung durch den digitalen Euro, der nebenbei die fiskalpolitische Leitplanke für den Weg in die Diktatur abgeben wird, voranzutreiben, dürfte jedem klar sein, wenn er nicht Mitglied der oder gar für die Grünen im Bundestag oder in einem Landesparlament sitzt. Dass es nicht vernünftig

ist, die innere Sicherheit zu vernachlässigen und die Infrastruktur von der Bahn über die Kommunikationsnetze, das Gesundheitswesen bis hin zu Straßen und Brücken zerfallen zu lassen, um in Peru Fahrradwege zu bauen und Millionen nach Afrika und Asien zu transferieren, weiß auch jeder. Es ist nicht vernünftig, Migranten in Millionenzahl in die deutschen Sozialsysteme zu holen und die Nachsichtigkeit jedem gegenüber, der das Wort Asyl ausspricht, jedem gegenüber, der ein deutsches Kalifat gründen will und die Palästinenser-Flagge am Berliner Neptunbrunnen hisst, zur Staatsdoktrin zu erheben. Es ist nicht vernünftig, eine islamistische Landnahme zu befördern, anstatt sie zu verhindern. Und eine Politik, deren Konsequenz darauf hinausläuft, Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Raum, der immer weniger ein deutscher Raum ist, bei Strafe ihres Lebens oder ihrer Gesundheit zu verdrängen, ist nicht nur unvernünftig, es ist ein Verbrechen, es ist antiaufklärerisch und gegen die universellen und natürlichen Menschenrechte gerichtet. Hegel hatte in einer Vorlesung auch gesagt: »Was vernünftig ist, muss geschehen.«⁶ Dieses Wissen, diese Philosophie dürfte Wagenknecht nach langem Zaudern doch zur Gründung einer Partei gedrängt haben.

Die sich wissend Dünkenden haben eine Grundtatsache nicht begriffen, dass die Welt und auch Europa sich im radikalen Wandel befinden, dass ihre Vorstellung von Politik, die sich lediglich in politischen Spielchen erschöpft, nicht mehr für die neue Welt, für das Reüssieren Deutschlands in der Zeit der Wirren und der Welt im Wandel taugen. Olaf Scholz hatte im Februar 2022 das große Wort von der »Zeitenwende« bemüht, ohne als Bundeskanzler auch nur zu ahnen, welchen Ton er da anschlägt und welche Konsequenzen er aufruft. Man sollte deshalb wohl etwas schlichter und genauer formulieren, dass tiefgreifende und weitreichende Veränderungen anstehen, die an Dramatik aufgrund des subjektiven Versagens in einer ohnehin objektiven Krise

noch zunehmen werden. Die objektive Krise löst aber nicht der Kapitalismus aus, wie alle Linken von Wagenknecht über Habeck bis Scholz glauben, sondern der Paradigmenwechsel, der grundlegende Wechsel der Wirtschaft, der Lebensverhältnisse, der Weltanschauungen, des Übergangs von der analogen zur digitalen Welt, ein Wechsel, der in seiner Radikalität und Universalität nur mit dem Übergang von der Spätantike zum Mittelalter oder vom Spätmittelalter zur Neuzeit zu vergleichen ist. Vor dieser objektiven Krise, den tatsächlichen Anforderungen desertieren die Ampel-Leute in das Reich von Traum und Fantasie, von Utopie und Selbstbeglückung – und erfüllen damit nur ein deutsches Muster, das Heinrich Heine bereits in der großen Dichtung *Deutschland. Ein Wintermärchen* verspottet hatte:

»Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.«⁷

Es mangelt an Pluralität, es existiert ein wahrer Repräsentations-canyon. CDU, CSU, SPD, Die Grünen und die Partei Die Linke, haben sich in der postmodernen Mitte versammelt und schließen dort die Augen vor diesem fundamentalen Wechsel, den sie mit ein paar Windrädern und ein paar Wasserstoff-Träumen zu bewältigen meinen. Deshalb drehen sich ihre politischen Auseinandersetzungen nicht mehr um Konzepte, um Richtungen gesellschaftlicher Entwicklung, die wurden bereits von den Grünen definiert und kanonisiert, denen die anderen mehr oder weniger willig, mehr oder weniger konsequent folgen, sondern sie resultieren lediglich aus dem banalen Umstand, dass man sich in der Enge der postmodernen Mitte abseits der Realität bei jeder Mikrobewegung gegenseitig auf die Füße tritt. Daraus resultiert auch die Heftigkeit, mit der Rote und Grüne auch noch auf die leiseste Kritik an dem Desaster, das sie anrichten, reagieren.

Wenn die SPD-Vorsitzende Saskia Esken statt politischer Analyse, statt Argumenten, statt überhaupt einer Idee von Politik, die nicht zur De-Industrialisierung, zur Überschuldung und letztlich zum Ende des Sozialstaates über die Turbomigration in selbigen führt, zu entwickeln, nur noch poltern kann: »Ebenso gefährlich ist es, wenn CDU und CSU Begriffe in die Debatte bringen, die davor ausschließlich von der AfD verwendet wurden.« Wenn dann noch, um das Dutzend voll zu machen, zu der falschen Schlussfolgerung kommt: »Für die politische Kultur und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das brandgefährlich«,⁸ dann befindet sie sich auf dem Niveau Otto Grotewohls nach dem 22. April 1946 und nicht im Jahr 2023 und erst recht nicht im Jahr 2024.

Gleichzeitig werden die Interessen von immer mehr Bürgern, von immer größeren Wählerschichten, nicht nur nicht mehr vertreten, sondern es wird gegen sie handfest und rücksichtslos Politik gemacht. Regierende Politiker fragen nicht mehr, regierende Politiker belehren die Bürger. Auf der Suche nach Repräsentanten ihrer Interessen bleibt diesen Bürgern, nach dem auch die Politik der Partei der Linken wie auch die der SPD sich im grünen Postmodernismus aufgelöst hat, nur noch die AfD, nicht jedoch als Alternative, sondern als schlichte Notwehr. Weder das Parteiestablishment der SPD als die einstige Arbeiterpartei, noch das der Linken als frühere Ostpartei besitzen ein Gespür für die Interessen der Arbeitnehmer, geschweige denn für den Osten. Sie interessieren sich nur noch für Migranten und für Bürgergeldempfänger. Ihre früheren Funktionen übernimmt nun die AfD, ohne sie freilich abdecken zu können.

Dass aber die Gründe für den wachsenden Zuspruch zur AfD von den Parteien der Ampel-Koalition in immer höherer Geschwindigkeit selbst hervorgebracht werden, haben die Berufsfunktionäre in ihren Apparaten nicht verstanden – und sie werden es auch nicht begreifen, deshalb verfallen sie in ihrer

Hilflosigkeit immer mehr auf die Mittel der Beschimpfung, der Desinformation und sogar bisweilen der Hetze und beginnen überdies, darüber nachzudenken, in einem ersten Schritt die Thüringer Landesverfassung als Blaupause für eine Veränderung des Grundgesetzes zu verändern. Damit wäre man in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) des Jahres 1949 angekommen und würde sich auf die Volkskammerwahlen des Jahres 1950 zubewegen, in der statt freien Wahlen der gemeinsame Wahlvorschlag der Parteien, die sich damals demokratisch nannten, präsentiert wurde.

In dieser Ausnahmesituation, in der die SPD, Die Grünen und die FDP nur immer größere Probleme in immer kürzerer Zeit produzieren, anstatt auch nur ein einziges Problem zu lösen – selbst sozialdemokratisch geführte Landesregierungen sprechen inzwischen schon von der De-Industrialisierung – und die Union bisher emsig und beflissen Brandmauern errichtet, anstatt die Opposition anzuführen, wird plötzlich nicht nur Raum für andere Parteien als Interessenvertreter der Mehrheit der Deutschen frei, sondern neue Parteien werden auch kräftiger. Indem die Union lieber die Opposition gegen die Opposition im deutschen Bundestag zelebriert und die inzwischen zerfallene Fraktion der Linken eigentlich mit zur Regierung gerechnet werden muss, in dieser Ausnahmesituation, in der sich die traditionellen Parteien in der linken Mitte derweil beständig auf die Füße treten, müssen klassisch linke Positionen und klassische Mitte-rechts-Positionen wieder besetzt werden – und sie werden besetzt, einmal von der AfD, zum anderen von der Gruppe um Sahra Wagenknecht, die eine neue, wahrhaft linke Partei gegründet hat.

Scheiterte Wagenknechts erster Versuch 2018 noch, dem grassierenden Postmodernismus der »Bionade-Bourgeoisie« eine sozialpolitische Linke entgegenzustellen, auch an der damals noch vorhandenen Stabilität des politischen Gefüges als Erb-

schaft der alten Bundesrepublik, so sollte nach 18 Jahren schwarz-rot-grün-gelber Herrschaft diese Stabilität unwiederbringlich verloren sein, denn, wenn eines Angela Merkel gelungen ist, dann dies, politisch die alte Bundesrepublik spätestens seit 2015 zu beerdigen. Eine *Conditio sine qua non* bestand in der Meinungsvielfalt, der Streitkultur und der Ausbalancierungsmöglichkeit von links und rechts. Seitdem all das dem »Kampf gegen rechts« geopfert wurde, wobei »rechts« alles das ist, was nicht postmodern ist, werden zunehmend die demokratischen Mechanismen beschädigt. Institutionen, auch die Parteien, gerieten und geraten zunehmend in Treibsand. Das eben könnte die Stunde der Sahara Wagenknecht sein. Die alten Parteien sind nicht mehr sakrosankt, auch der in die Jahre gekommene Parvenü der Grünen nicht. Mit dem »Kampf gegen rechts« hat sich die Linke angreifbar gemacht und verliert zusehends an Autorität. Es gibt ein schönes Wort dazu von Martin Luther über Ketzerei, was – spöttisch formuliert – die rechte Position im Mittelalter und der frühen Neuzeit war: »Denn Ketzerei kann man nimmer mit Gewalt wehren. Es gehört ein anderer Griff dazu, und es ist hier ein anderer Streit und Handel als mit dem Schwert. Gottes Wort soll hier streiten; wenn's das nicht ausrichtet, so wird's wohl von weltlicher Gewalt ausgerichtet bleiben, wenn sie auch gleich die Welt mit Blut füllte. Ketzerei ist ein geistlich Ding, das kann man mit keinem Eisen zerhauen, mit keinem Feuer verbrennen, mit keinem Wasser ertränken.«⁹

Wie immer man es sieht, eines steht jedenfalls fest: Die deutsche Demokratie braucht eine Erneuerung, sie muss und sie wird in Bewegung kommen. Für die alten Parteien und ihren vorzeitig ergrauten Parvenü müssen schon regelrechte Spukgestalten als Erklärung dafür herhalten, dass die deutsche Konsensdemokratie Geschichte ist, dass sich die deutsche Demokratie nach der allzu langen Merkel-Lähmung in eine konfrontative Demokratie

verwandelt. Das überkommene Parteienestablishment wittert in jeder Dynamisierung, in jeder Erneuerung unserer Demokratie einen Angriff auf die Demokratie – und es stimmt, es sind auch Angriffe, nicht aber auf die Demokratie, sondern auf ihre Herrschaft, auf ein Establishment, das eher die Demokratie aufgeben würde, als von der Herrschaft zu lassen. Es ist fest entschlossen dazu, den Status quo, die Alternativlosigkeit, die Zeit ohne Uhren mit allen Mitteln zu verteidigen.

Ob Wagenknecht und ihre Partei Neues ermöglichen oder helfen, Altes zu retten, wird die spannende Frage der nächsten Monate sein. Feind ist dem postmodernen Establishment, das sich dementsprechend als postpolitisch empfindet, das Politische. Doch das Politische, das einst Angela Merkel und ihre Gefolgsleute mit den demokratiefeindlichen Konzepten der Alternativlosigkeit und der asymmetrischen Demobilisierung unter großem medialem Getöse vertrieben hatten, kehrt zurück. Der Zustand des Interregnums, der gebrochenen und diffundierenden Wirklichkeit wird noch von der Ungleichzeitigkeit des zurückgekehrten Politischen und der noch abwesenden Politik aufrechterhalten. Die Parteien trifft Schockwelle nach Schockwelle durch das Parteienbeben, das diese Ungleichzeitigkeit, die Rückkehr des Politischen – allerdings vorerst noch ohne die Rückkehr der Politik – auslöst. Psychologisch erklärt sich der Schock daher, dass die sich demokratisch nennenden Parteien das Management von Krisen nicht mehr beherrschen, schon gar nicht, wenn sie die Krisen, ohne es zu wissen, selbst verursacht haben und sie eher dem Quacksalber und Gesundheitsbeter ihr Ohr leihen als dem Arzt. Der marxistische Theoretiker Antonio Gramsci hat die Zeit des Interregnums, in der sich Deutschland und Europa befinden, recht einleuchtend so definiert: »Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, d. h. nicht mehr ›führend‹, sondern einzig ›herrschend‹ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, dass die großen Massen sich von

den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten usw. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.«¹⁰ So heißt die Autoimmunerkrankung des Westens, die all diese pathologischen Erscheinungen hervorruft, Postmodernismus.

Die Fortschrittskoalition ist übrigens nicht nur semantisch von vorgestern, eben das »Alte«, sie ist es auch inhaltlich. Sie ist politisch, wirtschaftlich und kulturell in den Siebzigerjahren stecken geblieben. Die Progressivität der Siebziger verwirklicht sich nun als Repressivität der 2000er-Jahre. Man könnte auch Wagenknechts Hausheiligen Karl Marx zitieren: »Wollte man an den deutschen Status quo selbst anknüpfen, wenn auch in einzig angemessener Weise, d.h. negativ, immer bliebe das Resultat ein Anachronismus. Selbst die Verneinung unserer politischen Gegenwart findet sich schon als bestaubte Tatsache in der historischen Rumpelkammer der modernen Völker. Wenn ich die gepuderten Zöpfe verneine, habe ich immer noch die ungepuderten Zöpfe.«¹¹ Blickt man auf die politische Bühne, glaubt man indes, Schwarz-Weiß-Fernsehen zu schauen.

Auch Sahra Wagenknecht dürfte nicht an der fundamentalen Einschätzung vorbeikommen: Die Realität der *Classe politique* ist nicht die Wirklichkeit Deutschlands, und die Wirklichkeit Deutschlands ist nicht die Realität der *Classe politique*. Doch Politik wird jeden Tag dringender benötigt, wohl gemerkt, keine politischen Spielereien, die die Funktionäre in der politischen Blase mit Politik verwechseln. Alle Versuche, die Merkel-Zeit, die Zeit ohne Uhren, die bleierne Zeit der Alternativlosigkeit nicht zu verlassen, in die sich die *Classe politique* so blendend eingerichtet hat, alle noch so harsche Behinderung des demokratischen Wettstreits, des Wettbewerbs der Konzepte und Argumente, werden zwar die Demokratie beschädigen, aber nicht je-

doch die Rückkehr der Politik abwenden können. Anstatt sich an eine Analyse zu wagen, werden derweil Verschwörungstheorien von willigen Medien in die Öffentlichkeit getragen, eine obskurer als die andere, eine lächerlicher und intellektuell bemitleidenswerter als die andere, weil die *Classe politique* reden mit handeln verwechselt, den Sprechzettel mit der Wirklichkeit. Ihr Handeln erinnert an die Geschichte eines BMW-Fahrers, der über die Fährrampe bei Caputh hinunter in die Havel gefahren war. Statt der Fähre hatte das Navigationssystem eine Brücke angezeigt.¹² Der Fahrer soll unter Hinweis auf das Navigationssystem, auf das er geachtet hatte, Schadensersatz von BMW verlangt haben. Doch BMW antwortete wohl dem Vernehmen nach, dass auch die Benutzung des Navigationssystems nicht von der Verpflichtung enthebt, beim Fahren hin und wieder auf die Straße zu schauen. Die *Classe politique* ist dieser BMW-Fahrer, das Navigationssystem ihre postmoderne Ideologie.

Was Sahra Wagenknecht hingegen von vielen Politikern in der Trostlosigkeit ihrer politisierenden Geschäfte unterscheidet, ist: Sie ist eigenwillig und sie hat Substanz – übrigens in dieser Reihenfolge. Sie ist letztlich ein originär ostdeutscher Beitrag zur westdeutschen Politik – und das ist höchst selten. Ihre Originalität findet sich in ihrem Realitätssinn. Die Dinge sind eben, wie es in weiten Teilen inzwischen die parteiübergreifende Sichtweise ist, nicht, wie sie sein sollen, sondern sie sind, wie sie sind.

Man kann wirklich sagen, dass zur deutschen *Classe politique* endlich außerordentliche Leute, von denen Sahra Wagenknecht sich wie der Tag von der Nacht unterscheidet, gehören, intellektuelle Langweiler, Oberlehrer, die in jedem Tag, der anbricht, nur den Tag ihrer Apotheose wittern, sprachpolizeiliche Erbsenzähler, gesinnungsethische Dampfplauderer und woke Tartuffes, deren gemeinsame Befähigungen lediglich darin bestehen, einen Sprechzettel vollkommen zu verkörpern und selbst tausendmal gehörte Phrasen als eigenen spontanen Einfall wiederzugeben. In

ihrer instinktiven Veranlagung zum Betroffenheitskitsch über-treffen sie jeden landläufigen Trauerredner und in ihrer Lust zur moralischen Empörung jeden ertappten Dieb. In diesen Künsten haben sie eine so ausdifferenzierte Meisterschaft erreicht, dass sich der Verfassungsschutz sogar gezwungen sah, einen Beobach-tungsbereich »Delegitimierung des Staates« einzurichten, und damit nicht nur den Paragraph 220 des Strafgesetzbuches der DDR plagiiert,¹³ sondern Anspruch erhebt, statt Verfassungsschutz Regierungsschutz zu sein, denn die Verfassung ist das Wider-standsrecht der Bürger gegenüber dem Staat. Die Rolle der ver-folgten Unschuld gehört jedoch inzwischen zum kanonisierten Vorsprechrepertoire für ein politisches Amt.

Es ist eine Art politisierender Zirkus, der die Politik abgelöst hat. Was Wagenknecht auszeichnet, ist, dass sie nicht zu diesem Zirkus gehört, auch wenn sie in ihm auftritt. Doch kann sie die ewigen Clownerien beenden?

Die eigentliche Frage lautet eben längst nicht mehr, ob man rechts oder links ist, das sind nur Sprengel für die Drosseln, Schlageroldies fürs Publikum. Die eigentliche Frage lautet, ob man über das deutsche Mittelmaß mit oder ohne Migrationshin-tergrund hinausragt. Eines kann man jetzt schon sagen: Sahra Wagenknecht ragt über dieses Mittelmaß hinaus. Doch wer he-rausragt, zeigt zumindest bedenklich rechte Tendenzen und schwebt in der Gefahr, nach rechts »abzudriften«, weil Kritik an der Ampel-Regierung per se rechts ist, auch wenn sie von links kommt, dann nicht minder. »Rechts« lässt sich daher leicht als das definieren, was nicht Ampel, was nicht postmodern ist. Wer schließlich eindeutig als rechts identifiziert wurde, wird erst ver-warnt, dann angegriffen, hernach gesellschaftlich marginalisiert und schließlich medial boykottiert. Schließlich ist Deutschland eine »wehrhafte Demokratie«, obwohl hinter dem angestrengten Klingklang des Begriffs das laute Scheppern der Futterschüsseln zu vernehmen ist. Denn die reife Demokratie in Deutschland

wurde überreif und ging so in die Mediokratie über. Man könnte es mit einem vor Jahrzehnten erschienenen Bestseller auch platt das Peter-Prinzip nennen.

In dem Hochseilakt, Realitäten beispielsweise in der Migrationspolitik zu benennen, das unweigerlich das Verdikt, »rechts« zu sein, nach sich zieht, und dennoch Politikerin der Linken zu bleiben, brilliert Sahra Wagenknecht seit nunmehr acht Jahren. Dabei mischen sich echte Überzeugung und ein sicheres Gespür für ihr Marketing auf osmotische Weise. Und ihr Marketing zielt darauf ab, eine Ein-Frau-Opposition zu sein, so vollkommen, dass sie hierbei zugleich ihr eigener rechter und linker Flügel ist, weil sie das Unangepasste, das Sperrige, das Intellektuelle und das Politische zur Symbiose erhob, mehr noch, indem sie die hochkultivierte Außenseiterposition ihrer Selbstmystifikation zu ihrem Markenzeichen veredelte, und – darin besteht ihre größte Leistung bisher – in der Mitte der Gesellschaft platzierte. Das konnte ihr allerdings nur gelingen, weil die farblosen Politikbeamten zuvor die wirklich Mitte freigegeben haben.

Vielleicht ist Sahra Wagenknecht unter den Bundespolitikern der sich selbst demokratisch nennenden Parteien eine Ausnahme, eine Politikerin, die über das Mittelmaß, die Mediokratie des allzu lange allzu reichen Juste Milieus der Bundesrepublik hinausreicht, die als schwarzes Schaf in der Abgeordnetenherde hervorsteht. Ein Grund dafür findet sich in dem einfachen Umstand, dass sie biografisch die Blüte des Reichtums in den Siebziger- und Achtzigerjahren in der Bundesrepublik nicht miterlebt hatte, die Zeit, als der lange Marsch der 68er besonders in der Kultur, in den Medien, im Bildungswesen und an den Hochschulen und Universitäten zum Sieg geführt hatte, parallel dazu linkes und linksliberales Denken vollends in den Postmodernismus stürzte und postmoderne Positionen die Diskursherrschaft übernahmen. Wer ab den Achtzigerjahren in der Kultur, in den Geisteswissenschaften, in den Medien in der Bundesrepublik

Karriere zu machen wünschte, tat gut daran, sich erkennbar linksliberal zu verorten. Die Konservativen haben Mauerzinne um Mauerzinne aufgegeben und sind – zumeist widerwillig – dem rotgrünen, den immer postmoderner werdenden Zeitgeist hinterhergetrottet. Das war nicht die Zeit und das sind auch nicht die Kämpfe der Sahra Wagenknecht.

Allerdings empfand die junge Sahra Wagenknecht wie die westdeutschen Linken und Linksliberalen die Friedliche Revolution in der DDR als Sieg der Konterrevolution – und dürfte es – gewählter ausgedrückt inzwischen – immer noch so sehen. Darin stimmt sie mit den Postmodernen überein, die eben die Friedliche Revolution als Beleidigung und die Wiedervereinigung als narzisstische Kränkung wahrgenommen hatten. Was sie als Marxistin von den Postmodernen hingegen unterscheidet, ist, dass sie die Vielgestalt linken Denkens nicht im gefälligen und selbstzerstörerischen Postmodernismus, der Chimäre, die sich mal identitätspolitisch, dann wieder postkolonial ausgibt oder sich in den Räuschen der Critical Race Theory, der Social Justice Bewegung, der Gender Studies oder der Queer Theory rekelte, nicht gegen ihren Marxismus eintauscht, einen Marxismus, der sehr stark von Georg Lukács und daher auch von Georg Wilhelm Friedrich Hegel geprägt ist.

Und natürlich nicht zu vergessen von Johann Wolfgang von Goethe, und immer wieder Goethe. Doch könnte ihre Goethe-Rezeption vollständig an dem Dichter Goethe vorbeigehen – und das würde mehr über die Politikerin Sahra Wagenknecht aussagen, als man meinen mag.

Zuweilen regt sich die Vermutung, dass Wagenknecht letztendlich Hegel tiefer beeindruckt hat als Marx. Das mag auch daran liegen, dass sie von Lukács Hilfe und Anleitung für das Studium der Werke Hegels erhielt. Über Georg Lukács schrieb Michael Franz im Nachwort zu dessen spätem Essay *Über die Besonderheit als Kategorie der Ästhetik*: »Sein Weg vom desillu-

sionierten bürgerlich-antibürgerlichen Intellektuellen zum unterschiedenen Kommunisten, dessen Übergang auf die weltanschaulichen Positionen des Marxismus-Leninismus erst Anfang der dreißiger Jahre abgeschlossen war, war langwierig und widerspruchsvoll; ob er sich jemals vollständig von seinen neukantianischen und neuhegelianischen Ursprüngen lösen konnte, steht dahin.«¹⁴ Aus Sicht des orthodoxen Marxismus-Leninismus stand es natürlich nicht dahin, denn Lukács verstand Marx ausdrücklich über Hegel und nicht Hegel über Marx, und hierin sollte ihm die junge Sahra Wagenknecht folgen.

In der Vorrede der *Phänomenologie des Geistes* finden sich die so klaren wie instruktiven Worte über die »neue Zeit«, die an Aktualität gewinnen und auch Wagenknecht in ihrer politischen Arbeit und der Gründung der Partei antreiben: »Es ist übrigens nicht schwer zu sehen, dass unsere Zeit eine Zeit der Geburt und des Übergangs zu einer neuen Periode ist. Der Geist hat mit der bisherigen Welt seines Daseins und Vorstellens gebrochen und steht im Begriffe, es in die Vergangenheit hinab zu versenken, und in der Arbeit seiner Umgestaltung. Zwar ist er nie in Ruhe, sondern in immer fortschreitender Bewegung begriffen ... so reift der sich bildende Geist langsam und stille der neuen Gestalt entgegen, löst ein Teilchen des Baues seiner vorhergehenden Welt nach dem andern auf, ihr Wanken wird nur durch einzelne Symptome angedeutet; der Leichtsinne wie die Langeweile, die im Bestehenden einreißen, die unbestimmte Ahnung eines Unbekannten sind Vorboten, dass etwas anderes im Anzuge ist. Dies allmähliche Zerbröckeln, das die Physiognomie des Ganzen nicht veränderte, wird durch den Aufgang unterbrochen, der, ein Blitz, in einem Male das Gebilde der neuen Welt hinstellt.«¹⁵

Die »vorhergehende Welt« ist die postmoderne der »Bionade-Bourgeoisie«. Der postmoderne Zeitgeist, gegen den Wagenknecht geradezu wie David gegen Goliath ankämpft, ist allerdings nicht nur eine Autoimmunerkrankung linken Denkens, er

ist, indem linkes oder linksliberales Denken die Diskursherrschaft in der westlichen Welt, namentlich in Deutschland, errungen hat, zur Autoimmunerkrankung unserer gesamten deutschen Kultur geworden. Sahra Wagenknecht hat es in ihrer viel beachteten Streitschrift *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt* porträtiert. Im Vorwort zur Taschenbuchausgabe schreibt Wagenknecht: »Die Denkströmung des modernen *Linksliberalismus*, die Linkssein in erster Linie über Lifestyle-Fragen und moralische Haltungsnoten definiert und dabei die Privilegien gut situerter Großstadtakademi-ker mit persönlichen Tugenden verwechselt, ist ein zentraler Gegenstand dieses Buches.« Für die Autorin ist der »moderne Linksliberalismus weder *links* noch *liberal*.«¹⁶ Mit diesen Worten skizziert sie kurz die Patchwork-Ideologie des Postmodernismus, die eindeutig links verortet ist. Was Wagenknecht hier so vornehm umschreibt, hat die Marxistin Nancy Fraser im Gespräch mit Rahel Jaeggi so auf den Punkt gebracht, dass nämlich genau diese »Strömungen emanzipatorischer Bewegungen« – und damit meinte Fraser expressis verbis »Feminismus, Multikulturalismus, Antirassismus, LGBTQ-Rechte«, also die Spielarten des Postmodernismus – »in einem direkten Gegensatz zu Menschen« stehen, »die unter ihren wichtigsten Verbündeten sein könnten (und sollten!), um eine linke Antwort auf die gegenwärtige Krise zu entwerfen«. Fraser meint damit die »Verfechter altmodischer Familienwerte und Lebenswelten, von denen viele auch die Verlierer des ersten Kampfes waren und Groll gegen den ›kulturellen‹ Kosmopolitismus hegten, der mit einer globalisierenden Wirtschaft verbunden war.«¹⁷ Man kann es auch kürzer formulieren: Die Linke hat sich derer, für die sie früher Politik gemacht hatte, entledigt und sich eine neue Klientel gesucht. In diese Lücke stößt nun die AfD. Linke Politiker wie Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine haben das zwar frühzeitig erkannt, doch konnte sich Sahra Wagenknecht auch nicht

gegen den postmodernen, den identitätspolitischen Furor, der auch in der Partei der Linken wütet, durchsetzen.

Eines kann niemand, der wachen Auges in die Welt schaut, übersehen, dass Deutschland in einer zum großen Teil selbst verschuldeten Krise zerfällt, die politisch von den Regierungen der Großen und ihr folgend der Ampel-Koalition verursacht wurde. In einer seltsamen und zugleich dekuvierenden Wendung sah sich der Bundeswirtschaftsminister, der sich gern Vizekanzler nennen lässt, zu dem Ausruf genötigt, dass er »von Wirklichkeit umzingelt«¹⁸ wäre. Wer aber »von Wirklichkeit umzingelt« ist, befindet sich nicht in der Wirklichkeit, für den zeigt sich die Wirklichkeit nur als Zumutung und Aufdringlichkeit, wie jede Umzingelung eben. Wie für jeden Träumer die Realität eine Beleidigung seiner Kreativität darstellt. Für Wagenknecht ist Wirklichkeit Konkretheit, die konkrete Erscheinung des Allgemeinen. Oder wie es in Hegels Enzyklopädie heißt, die sie sehr gut kennt: »Die Wirklichkeit ist die unmittelbar gewordene Einheit des Wesens und der Existenz, oder des Inneren und des Äußeren.«¹⁹

Doch Europa ist schwach, Europas Staaten sind schwach, und ihnen gelingt nur noch das Paradoxon, zusammen noch schwächer als jeder für sich allein zu sein. Einst gab Europa den Ton in der Welt an, weil Europa wissenschaftlich, wirtschaftlich, technisch, kulturell mit Blick auf die Künste und das Konzept der Freiheit, der Bildung, der Demokratie und der Menschenrechte führte. Demokratie und die Vorstellung der Freiheit beginnen in der Neuzeit nicht erst mit der konstitutionellen Monarchie Englands nach der Glorious Revolution, sondern bereits mit den Ständischen Vertretungen, den Reichs- und Landtagen in Deutschland zum Beispiel, intellektuell seit dem späten Mittelalter mit dem *Defensor pacis* des Marsilius von Padua und mit den Schriften Martin Luthers, so in *Von der Freiheit eines Christenmenschen*, der Obrigkeitsschrift, der Ratsherrenschrift und der Schrift *Ob Kriegsleute im seligen Stand sein können*.

Im technikversessenen 15. Jahrhundert beginnt der Aufstieg Europas. Nicht umsonst greift Johann Wolfgang von Goethe für seine große Dichtung, den *Faust*, den Wagenknecht als Teenager auswendig gelernt hatte, auf das Volksbuch von der *Historia von Dr. Johan Fausten/dem weitbeschreyten Zauberer vnd Schwartzkünstler/Wie er sich gegen dem Teuffel auff eine benandte zeit verschrieben/Was er hierzwischen für seltsame Abenthewr gesehen/selbs angerichtet vnd getrieben/biß er endlich seinen wol vedienten Lohn empfangen*²⁰ zurück. Der erste erhaltene Druck erschien 1582, doch wurde die Faust-Sage wohl von einem der Wundermänner der Renaissance gleichen Namens, der um 1480 in Knittlingen geboren wurde, inspiriert. Dass übrigens der Faust-Stoff weit über die deutschen Lande reüssierte, belegt das großartige Stück *Die Tragische Geschichte von Dr. Faust*, das Christopher Marlowe, dessen Schicksal in der Überlieferung darin besteht, ewig im Schatten William Shakespeares zu stehen, 1588 oder 1599 verfasste. Verblüffend übrigens, wie ähnlich Goethes Einstieg in *Faust. Eine Tragödie*, wie abhängig er hier noch von Marlowe ist, wenn es heißt: »Settle thy studies, Faustus, and begin/To sound the depth of that thou wilt profess.«²¹

Wird Europa noch einmal ein Aufbruch wie in der frühen Neuzeit gelingen, eine *Restitutio ad integrum*? Ob eine neue Zeit anbricht oder unser Kontinent nur im Übergang ist, lässt sich derzeit nicht sagen, doch dieser Übergang bedeutet die Wiederkehr von Politik und die Entstehung neuer Parteien, wenn wirklich etwas Neues kommen soll und der Übergang sich eben nicht nur im Zerfall erschöpft. So wohnt der wagenknechtschen Parteigründung eine innere Notwendigkeit inne. Ob es freilich glücken wird, bleibt fraglich, nicht fraglich jedoch ist die Notwendigkeit, dass neue Kräfte, Bewegungen oder Parteien die politische Bühne betreten. Denn die alten Kräfte sind nicht reformierbar, sie vermögen nur noch, Deutschland in der sich vor unseren Augen wandelnden Welt an den Katzentisch zu manö-

vrieren, anstatt in einer neuen Renaissance, einer neuen Aufklärung Deutschland zu einem der vornehmsten und ersten Player in der sich wandelnden Welt zu machen. Goethe, der Wagenknecht tief geprägt hat, sagte das, worum es immer ging und immer gehen wird, in einfachen, doch umso kunstvolleren Versen:

»Geh! gehorche meinen Winken,
Nutze deine jungen Tage,
Lerne zeitig klüger sein:
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.«²²

Das Phänomen Sahra Wagenknecht wird zum einen nur verständlich aus den Auseinandersetzungen in den letzten Jahren der DDR und der Friedlichen Revolution und zum anderen aus der ungelösten Frage der repräsentativen Demokratie in Deutschland, deren Lösung in einer Demokratiereform u.a. zugunsten des Direktkandidaten und zuungunsten der Listenkandidaten besteht, in einer Demokratisierung der Demokratie. Es stellt sich überhaupt die Frage, wenn man etwas Optimismus wagen wollte, ob das Erbe der DDR, die Erfahrung der DDR für Deutschlands Entwicklung existenziell bedeutsam werden könnte. Infrage steht der repräsentative Charakter, der ja nicht nur darin besteht, dass die Bürger ihre Abgeordneten durch Wahlen in die Volksvertretungen schicken, sondern in der Parteien-Demokratie auch darin, ob die zur Wahl stehenden Parteien noch die fundamentalen Interessen größerer Wählerschichten vertreten oder ob sich die *Classe politique* von den Bürgern verabschiedet hat.

Aus welchem Denken kommt Sahra Wagenknecht? Was hat sie geprägt? Welchen Grundüberzeugungen und Denkweisen blieb sie treu, welche hat sie verändert, welche abgelegt? Und was hat das Denken der späten DDR mit der Bundesrepublik im Jahr 2024 zu tun?

Anmerkungen

- 1 <https://www.zeit.de/2016/31/sahra-wagenknecht-europa-fluechtlinge-euroW>
- 2 <https://taz.de/Debatte-zur-Bewegung-Aufstehen!/5619521/>
- 3 Hegel 1981, S. 25
- 4 Hegel 1981, S. 307
- 5 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Präambel
- 6 Hegel 1983, S. 192
- 7 Heine, Heinrich: Band 1, 1980, S. 452
- 8 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249254816/Sprachliche-Entgleisungen-sind-Gift-fuer-unser-Land-Saskia-Esken-nennt-CDU-unter-Merz-brandgefahrlich.html?icid=search.product.onsitesearch>
- 9 Luther 1954, S. 38
- 10 Gramsci, Antonio, Band 2, 2012, S. 354
- 11 MEW Band 1, S. 379
- 12 https://www.myheimat.de/schwielowsee/c-freizeit/caputher-faehre_a2771641
- 13 <https://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch68.htm>:
§ 220. Staatsverleumdung. (1) Wer in der Öffentlichkeit
1. die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen;
2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit, wegen seiner Zugehörigkeit zu einem staatlichen oder gesellschaftlichen Organ oder einer gesellschaftlichen Organisation verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.
- 14 Lukács 1985, S. 268
- 15 Hegel 1975, S. 15f.
- 16 Wagenknecht 2022, S. 9
- 17 Fraser, Jaeggi 2020, S. 273
- 18 <https://www.bild.de/politik/talk-kritik/talk-kritik/anne-will-zum-abschied-gabes-sogar-lob-von-einem-minister-86315136.bild.html>
- 19 Hegel 1966, S. 140
- 20 Deutsche Volksbücher, S. 5
- 21 Marlowe, 1941, S. 121,
- 22 GW Band 1, S. 241